

**Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen der Presse,**

Der Schriftsteller Robert Menasse, der erst kürzlich in Aachen mit dem Walter-Hasenclever-Literaturpreis ausgezeichnet wurde schreibt in seinem Roman „Die Hauptstadt“ folgenden Satz:

Zitat: *„Ideen stören, was es ohne sie gar nicht gäbe“.*

Dieses Zitat zu Beginn einer Haushaltsrede mag zunächst etwas befremden. Denn was hat unser städteregionaler Haushalt mit Ideen, womöglich noch mit kreativen Ideen zu tun? Ist er nicht eigentlich eher ein Zahlenwerk, das dem kommenden Jahr in der kommunalen Ausrichtung einen Finanzrahmen gibt?

Ja, klar ist der städteregionale HH auch ein Zahlenwerk – an der einen oder anderen Stelle sogar ziemlich trocken und unübersichtlich (wenn man nicht gerade Kämmerer ist). Und mit der Befassung dieses Zahlenwerks tut sich der ein oder andere Kommunalpolitiker auch nicht ganz leicht.

Aber: UNSER Haushalt im Jahr 10 nach der Gründung der Städteregion IST durchaus MEHR als nur das trockene Zahlenwerk.

Er beinhaltet nämlich UNSERE zukunftsweisen Ideen und die bleiben nicht nur Ideen, sondern werden in diesem Haushalt auch zu ganz präzisen und konkreten Ansätzen und Perspektiven.

Und ich freue mich ganz besonders, dass das Teile der Opposition auch so sehen und durchaus konstruktiv mit uns über die Gestaltung des Haushaltes diskutiert haben.

Im letzten Jahr lag der Schwerpunkt meiner HH-Rede auf der Umlagesenkung für unsere Kommunen um 4,67 Punkte und auch in diesem Jahr verabschieden wir erneut einen gemeindefreundlichen Haushalt - **erstmalig mit einer differenzierten Umlage für die Stadt Aachen** – und investieren dennoch – auch im Sinne unserer Kommunen – nachhaltig. Und wie immer richten wir selbstverständlich auch den Blick nach vorn, auf die nächsten Jahre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Alle Jahre wieder, so auch in diesem Jahr kann ich sagen: unser Haushalt beruht auf 3 Säulen: **Mut zur Innovation, Verlässlichkeit** und **Verantwortungsbewußtsein**. Nachhaltigkeit, Weitblick und Vorsorge runden dieses Paket ab.

Wir sorgen bei den Kommunen für Planungssicherheit, verschaffen Ihnen den Raum für Entwicklungsmöglichkeiten und bauen mit unserer Ausgleichsrücklage umsichtig ein „Polster für schlechtere Zeiten“ auf.

Zugegeben hat uns hierbei die Landesregierung durch die Veränderung der Schlüsselzuweisungen unterstützt – wir verfügen über mehr „direktes“ Geld, geben das aber nicht aus, sondern überführen es als Notreserve in die Ausgleichsrücklage mit deren Wiederaufbau wir im letzten Jahr angefangen haben.

Dass wir hiermit bereits im letzten Jahr goldrichtig lagen wird dadurch deutlich, dass wir die „Notreserve“ bereits in diesen Jahr benötigen, um die veränderte Erstattung der Kosten der Unterkunft durch den Bund zu kompensieren. Unser erklärtes Ziel ist es aber, auch zukünftig Rücklagen zu bilden.

Ich will Sie jetzt nicht mit unnötig vielen Zahlen langweilen, deshalb in aller Kürze:

Die Steuerkraftmesszahl ist von 2018 auf 2019 um rund 7,8 Prozent gestiegen

Die Schlüsselzuweisungen sinken in 2019 im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt rund 7,1 Mio. €

Dies führt insgesamt zu einer Steigerung der Umlagegrundlagen, **ABER**

anstelle einer für die Aufgabenerfüllung notwendige Erhöhung der Regionsumlage

für die Altkreiskommunen von 40,6833 v.H. um 0,6198 v.H. auf 41,3031 v.H. nach den Eckdaten zum Haushaltsentwurf

·
beschließen wir einen Haushalt 2019 mit einer **Umlagesenkung** für die Altkreiskommunen um 0,2971 v.H.

Das bedeutet für die Altkreiskommunen insgesamt einen Unterschied von fast **einem** Prozentpunkt (0,9169 v.H.) und einen reduzierten Betrag von rund 4,4 Mio. €. Die für die Stadt Aachen erstmals zu beschließende differenzierte Regionsumlage wurde im Haushaltsentwurf gegenüber den Eckdaten zunächst um 0,2992 v.H. auf 35,8795 v.H. reduziert.

Allerdings führt die jetzt zu berücksichtigende geringere KdU-Erstattung aufgrund der differenzierten Umlage für die Stadt Aachen automatisch zu einer Erhöhung des zuzurechnenden Betrags von rd. 4,7 Mio. €.

Unter Berücksichtigung der teilweisen Kompensation im Haushalt und der übrigen Änderungen, die der Stadt Aachen anteilig zuzurechnen sind, beträgt die Erhöhung der differenzierten Umlage gegenüber dem Entwurf rd. 3,1 Mio. €, während aus der erhöhten Umsatzsteuer in 2019 rd. 4,1 Mio. € mehr bei der Stadt Aachen verbleiben.

Insgesamt werden die Altkreiskommunen und die Stadt Aachen gegenüber dem Eckpunktepapier unter Berücksichtigung der bei den Kommunen im Jahr 2019 in vollem Umfang verbleibenden Mehrerträge aus der Umsatzsteuer von 7,1 Mio. € noch deutlich stärker entlastet als um die zum Haushaltsentwurf dargestellten 5,8 Mio. €, was die Forderungen der Kommunen im Benehmensherstellungsverfahren sogar noch deutlich übertrifft.

Aus der Ausgleichsrücklage werden somit insgesamt 5,1 Mio. € zur Senkung des Umlagebedarfes in 2019 veranschlagt und die Umlagesenkung LVR vom Landschaftsverband Rheinland wird in voller Höhe an die Kommunen weiter gegeben. Dies entspricht rund weiteren 2,7 Mio. €.

Neben den reinen Zahlen stehen insbesondere die künftige Entwicklung der Region und ihre Positionierung im regionalen Kontext im Vordergrund.

Priorität beim wirtschaftlichen Wandel hat u.a. für uns das Thema Arbeit:

Auf der einen Seite wollen wir Arbeitsplätze nachhaltig sichern und neue bereitstellen.

Auf der anderen Seite ist es extrem wichtig, dass wir – gerade in Zeiten des digitalen Wandels - soviel Fachkräfte wie möglich bei uns halten und darüber hinaus zu uns in die Region holen können.

Die Verwaltung hat aus diesem Grund eine Stabsstelle für Digitales und E-Government eingerichtet, um sich hier zukunftsfähig adäquat aufzustellen und wir als Politik unterstützen selbstverständlich auch den geplanten Familienservice, um die Städteregionsverwaltung modern aufzustellen in den Bereichen Personalgewinnung und Personalerhaltung.

Weil wir uns den Herausforderungen des Strukturwandels aber in VIELEN Arbeitsfeldern bewusst sind, haben wir 1 Mio. € zur Anschubfinanzierung einer innovativen Aus- und Weiterbildungsform, der sog. „digitalen Werkstatt für den Mittelstand in der Städteregion-Aachen“ in den Haushalt eingestellt.

Hier werden bereits ausgebildete Fachkräfte, die im produzierenden Gewerbe oder in der mittelständischen Industrie tätig sind, regelmäßig an den modernsten Maschinen auf den neuesten Stand der digitalen Ausbildung gebracht.

Auf dieses Pilot- und Modellprojekt in der Städteregion - die digitale Modellregion ist - sind wir stolz.

Diese digitale Werkstatt für den Mittelstand ist ganz konkrete Politik für die Menschen in der Städteregion Aachen, ganz konkrete Politik in der Bildungsregion und ganz konkrete Politik **für** den Mittelstand und gegen den Fachkräftemangel.

Die Höhe des eingestellten Betrages zeigt deutlich die Priorität, zeigt deutlich, wie wichtig uns diese Innovation in Zeiten des Strukturwandels ist. Die Höhe des Betrages zeigt auch, dass wir mutig vorgehen, dass wir etwas bewegen wollen.

Im Gegensatz zur SPD, die völlig ideen- und perspektivlos ein Sammelsurium von Veränderungsvorschlägen einbringt – ohne Hand und Fuß und erst recht ohne roten Faden, kümmern **wir** uns um die Zukunft, gestalten wir Zukunft aktiv. Mutig, verantwortungsbewusst, verlässlich.

Die gequälte Lustlosigkeit, mit der Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD hier aufschlagen, ist selbst einer Opposition nicht würdig.

So kann man nicht gestalten und erst recht nicht unsere Städteregion. Sie möchten z. B. den Innovationspreis nicht mehr bezuschussen und dem Industriedialog das Budget kürzen.

Das – liebe SPD – ist exakt der falsche Ansatz. Wirtschaft und Mittelstand müssen gefördert und unterstützt werden, sind sie doch die tragende Säule unseres Sozialsystems.

Deshalb gestalten wir – im Gegensatz zu Ihnen - machen innovative Wirtschaftspolitik und gleichzeitig verantwortungsbewusste Sozialpolitik - während Sie sich darauf beschränken, mit Dreck zu schmeißen!!!

Im letzten Jahr haben wir 250.000,00 in den Haushalt eingestellt, um ein eigenes kommunales Arbeitsprojekt zu etablieren. Über das Jobcenter sind LZA Menschen unbürokratisch an Betriebe vermittelt worden.

Unsere Zusage, dieses Projekt auch in 2019 weiterzuführen haben wir selbstverständlich eingehalten und die Verwaltung hat die Mittel bereits in Ihrem Haushaltsanschlag eingepreist.

Als wir die Zusage gemacht haben, konnten wir nicht wissen, dass im Januar 2019 das „Teilhabechancengesetz“ der Bundesregierung in Kraft treten würde, das Arbeitgebern hohe Anreize bietet, LZA Menschen zu beschäftigen.

Auch die Verwaltung der Städteregion wird das tun und gibt 25 LZA Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz, so haben wir es im Haushalt vorgesehen.

Wir gehen aber als schwarz-grüne Koalition noch einen Schritt weiter und kümmern uns um **die** Menschen unter den LZA, die wegen psychischer Beeinträchtigungen einen besonders schweren Stand haben und eine besondere und spezielle Förderung benötigen: Wir stellen für diese Menschen erneut die Summe von 250.000 € in den Haushalt ein.

Diese psychisch beeinträchtigten Menschen – Menschen mit besonderem Förderbedarf - sollen über unsere eigene Gesellschaft - über **Sprungbrett** - die nötige Hilfestellung erfahren und dabei durch einen Psychiatriekoordinator, den wir ebenfalls bei Sprungbrett ansiedeln, effektiv und mit einer hohen fachlichen Expertise unterstützt werden.

Erfreulich aus unserer Sicht ist es natürlich, dass Sie, liebe SPD, auf wundersame Weise den gleichen Ansatz in Ihrer Veränderungsliste haben, wie wir ;-)

Darüber hinaus stärken wir auch weiterhin inklusives Lernen. Die Erfahrungen der fünf Pilotschulen in unserem Schulamtsbezirk, die im Herbst 2015 mit systemischen Inklusionshelfern/innen an den Start gegangen sind, sind überzeugend. Deshalb haben wir auch hier mit 250.000 Euro 5 weitere KOBStellen vorgesehen.

Und an dieser Stelle sei auch folgendes gesagt: Unser Dank gilt allen Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern für die in diesem Jahr geleistete Arbeit, die Sie mit viel Engagement wahrgenommen haben.

Ob berufliche Ausbildung, Unterrichtung von Flüchtlingskindern bei den Berufskollegs oder die schulische Bildung von Kindern in den Förderschulen: Unsere Lehrkräfte sind Ihrer Verantwortung in herausgehobener Art und Weise gerecht geworden!“

Das ist schwarz-grüne Politik, meine Damen und Herren. **Das** ist gelebte Bildungsoffensive und Wirtschaftsförderung - wir stellen die notwendigen Mittel für Fachkräfte und den Mittelstand zur Verfügung, vergessen darüber aber nicht, dass wir uns auch kümmern müssen um die, die es schwerer haben in unserer Gesellschaft.

Und natürlich, das brauche ich gar nicht explizit zu erwähnen, haben wir als seriöse Haushälter unsere innovativen Ideen mit Deckungsvorschlägen versehen. Wir geben nur dann Geld aus, wenn wir es auch haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein weiterer Kernpunkt unseres diesjährigen Ausblicks auf das, was in der Städteregion im kommenden Jahr angepackt wird, was am meisten gebraucht wird, sind Wohnungen.

Es fehlt an Wohnraum mit Sozialbindung und deswegen haben wir bereits im letzten Jahr 2 Millionen € hierfür in den Haushalt eingestellt. Hier ist die GWG mit konkreten Bauvorhaben in Bardenberg und in Alsdorf auf einem guten Weg.

In diesem Jahr erhöhen wir unseren Zuschuss für den gemeinnützigen Wohnungsbau erneut – über den Verkauf von RWE-Aktien – um 2 Millionen Euro. Wir gehen ganz bewusst in „Problembereiche – in sog. abgehängte“ Stadtviertel und Quartiere, die wir dank unserer umsichtigen Sozialplanung identifizieren können, und schaffen genau dort Wohnraum.

Hier muss es sich nicht um Neubau-Wohnungen handeln – wir wissen alle, dass Flächen und Grundstücke knapp sind. Deshalb beauftragen wir die GWG, sich gezielt leerstehenden Objekten zuzuwenden, die sich für eine Revitalisierung eignen und die möglichst schnell in vernünftigen Wohnraum umgewandelt werden können.

Und da uns im letzten Sozialausschuss berichtet wurde, dass insbesondere auch Wohnungen für Frauen fehlen, die im Frauenhaus Schutz gesucht haben, dort aber nicht Dauerwohnen können, soll – und hier übernehmen wir gern auch den Vorschlag der FDP - eine feste Anzahl von Wohnungen speziell für diese Frauen bereitgestellt werden.

Last but not least soll an dieser Stelle noch unser Bekenntnis zum Rheinmaas-Klinikum stehen.

Wenn wir mit der Knappschafft eine Einigung über die Erhöhung des Eigenkapitals erzielen, wollen wir auch für unser Krankenhaus 2 Mio. € aus dem Verkauf von RWE-Aktien einsetzen.

Alle Krankenhäuser befinden sich miteinander im Wettbewerb und wir wollen und müssen dafür sorgen, dass das RMK bzgl. Ausstattung und Versorgung in diesem Wettbewerb ganz oben mithalten kann.

Das macht auch deutlich, dass für uns gleiche Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land wichtig sind.

Auch hier investieren wir konkret in die Zukunft und machen uns für die beste medizinische Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger in der Städteregion stark.

Selbstverständlich hält die StädteRegion Aachen darüber hinaus konsequent an ihrem umfassenden Klimaschutzkonzept fest.

Die StädteRegion schützt ihre Gewässer und sichert der Bevölkerung in ausreichender Menge sauberes Wasser.

Der Ausstieg aus der Braunkohle – der Strukturwandel wird intensiv und mit innovativen Ideen und Konzepten - beispielsweise am Industriedrehkreuz Weisweiler, umgesetzt. Im Rahmen eines Biotopverbundprogramms wird Insektenschutz vorangetrieben (der FDP zuliebe Bienen..... ;-)).

Und die Natur, die wir besonders schützen, lässt sich z.B. ausgezeichnet auf dem Vennbahnradweg erleben, der als Premiumradweg auf dem Weg zum 5. Stern ist.

Aber auch die gezielte Aufwertung von touristischen Zielen, wie die Schaffung barrierefreier Zugänge zum Energeticon in Alsdorf oder das auf den Weg gebrachte Inszenierungskonzept für den Erlebnisraum Aachen Eifel und Nord werden 2019 umgesetzt.

Eine gezielte Förderung in den Bereichen Kultur, Sport, Musik und Ehrenamt sind für uns ebenfalls wichtige Bausteine für die Attraktivität der Region.

Und selbstverständlich darf der Hinweis darauf nicht fehlen, dass wir uns um unsere Kinder kümmern und durch die Schaffung neuer Betreuungsplätze (315 Plätze in 7 Neubauten in Baesweiler, Monschau, Roetgen und Simmerath) auch dafür arbeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Alles Wichtige ist gesagt und man darf bekanntlich über alles reden, nur nicht über 15 Minuten. Deshalb bleibt mir an dieser Stelle nur noch der herzliche Dank an meine Fraktion für die intensive Auseinandersetzung mit dem Haushalt und für die gemeinsame Ideensammlung.

Selbstverständlich bedanke ich mich auch bei unserem Koalitionspartner Bündnis 90 /die GRÜNEN für die seit Jahren vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit, die auch bei der Beratung dieses Haushaltes wieder astrein funktioniert hat.

Und natürlich spreche ich der Verwaltung – insbesondere Gregor Jansen und Thomas Claßen für die langmütige und geduldige Unterstützung bei den Haushaltsberatungen den Dank der gesamten CDU-Fraktion aus.

Und damit schließe ich meine Rede mit dem Satz, mit dem ich sie begonnen habe:

Ideen stören, was es ohne sie gar nicht gäbe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Es gilt das gesprochene Wort

Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2019

Martin Peters

SPD Fraktion im Städteregionstag

Sitzung des Städteregionstags am 13. Dezember 2018

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen Städteregionstagsmitglieder,

ich möchte einige Worte des Dankes an den Beginn meiner Ausführungen stellen.

Danken möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Wir haben über alle Bereiche motivierte Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag einen tollen Job für die Menschen in dieser Region machen! Sie erst machen ein Ausgabevolumen von knapp 713 Mio. € zu Dienstleistung im Sinne der Menschen in unserer Region.

Vielen Dank dafür!

Danken möchte ich – wie sich das bei Haushaltsberatungen gehört – Herrn Claßen. Er hat uns zielsicher mit unseren politischen Vorstellungen durch die Komplexitäten der neuen Haushaltsystematik geführt. Dafür gebührt ihm ein herzlicher und aufrichtiger Dank!

Meine Damen und Herren,
ein Haushalt ist doch wie der andere!
oder
kein Haushalt ist wie der andere!

Beide Denkansätze, beide Thesen könnte man in der Beratung des nächstjährigen Haushalts vertreten.

Ich arbeite mich mal an der Eingangsthese ab.

Schaut man sich die Veränderungslisten der Fraktionen im Städteregionstag an, dann erkennt man schnell, dass die Ideen, die man für den laufenden Haushalt hatte, auch von allen Beteiligten nach wie vor für gut genug für den kommenden Haushalt gehalten werden.

Die Mehrheit will nach wie vor Volksvermögen veräußern, indem sie RWE-Aktien verkauft, will LEADER-Projekte in der Eifel stärken und übernimmt SPD-Forderungen aus der letztjährigen Veränderungsliste wie bspw. die verstärkte Förderung des Regio-Sportbundes oder Ansätze zur Konzeption der Digitalen Modellregion oder „Smart Region“ wie wir es letztes Jahr genannt haben.

Aber – ehrlich gesagt – das spricht ja für Sie liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen. Da habe ich nämlich auch noch einen Kollegen von Euch im Ohr, der mir unlängst mal gesagt hat: „Eure Ideen sind ja gar nicht so verkehrt, sie müssen nur manchmal ein Jahr reifen.“

Ich erspare mir und uns jetzt die Erörterung, wo sie reifen müssen und ob das überhaupt sein muss.

Festzustellen ist allerdings ist, dass dieser Satz ja durchaus etwas anerkennt, nämlich den Gestaltungsanspruch der größten Oppositionsfraktion in diesem Haus. Wir sind nicht dagegen, um des Dagegen-Sein-Willens, sondern weil wir überzeugt davon sind, dass wir die besseren Ideen und Konzepte haben.

Um auf meine Eingangsthesen zurück zu kommen. Mir persönlich kommt es allerdings eher so vor, als wenn der Satz „Kein Haushalt ist wie der andere“ auf das, was heute zur Verabschiedung ansteht, zutreffender ist.

Unterstellen wir mal, dass schwarz-grün heute mehrheitlich ihre Veränderungsliste durchbringen, dann sind aus meiner Sicht zwei Dinge festzustellen:

1. Man erkennt schon kleine Teile der neuen inhaltlichen Agenda des designierten und gewählten Städteregionsrats.
2. Das Thema „Kommunalfreundlich“ ist ausgerechnet bei dem Haushalt, dessen Umsetzung ein ehemaliger Bürgermeister zu verantworten haben wird, augenscheinlich in der Priorisierung der Mehrheit nach hinten gerückt.

Um mal mit letzterem anzufangen. Es überrascht schon, dass nachdem beide großen Fraktion alle Elemente der Verwaltungsveränderungsliste übernommen und sie mit ihren politischen Vorstellungen angereichert haben, die gerade wieder neu gebildete Ausgleichsrücklage – wo der ausscheidende Städteregionsrat immer offen zu erkennen gegeben hat, dass er die heute nicht mehr zugunsten Kommunen auflösen würde – von schwarz-grün deutlich mehr aufgezehrt werden wird, als es im SPD – Vorschlag vorgesehen ist.

Das ist insofern als kommunalunfreundlich zu bewerten, als dass das große strukturelle Problem dieses Haushalts – die sinkenden Bundeserstattungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung – uns in gleichem Maße auch in den folgenden Jahren treffen wird, die Ausgleichsrücklage dann aber irgendwann wieder aufgezehrt sein wird und wir die Effekte aus den wegfallenden Bundeserstattungen wieder 1:1 an die Kommunen weitergeben müssen.

Ich hätte erwartet, dass ein Haushalt, der sichtlich unter dem Eindruck der Inauguration eines Ex-Bürgermeisters als neuer Städteregionsrat steht, nachhaltigere Antworten für die regionsangehörigen Kommunen beinhaltet hätte.

Womit wir bei der Erkennbarkeit seiner neuen Agenda wären.

Das ist allerdings durchaus nicht als Kompliment zu verstehen. Wohlwollend kann man sagen, dass man erkennt, dass die Wahlaussagen zu mehr Koordination bei der

kommunalen Bildungsarbeit und zur Digitalen Region mit Haushaltsansätzen hinterlegt werden.

Erwartet hätte ich allerdings auch Aussagen zu

- Wie mehr Sicherheit in öffentlichen Räumen geschaffen werden soll?
- Wie der Anspruch Kita-Plätze in der Nähe des Arbeitsplatzes zu schaffen, erfüllt werden soll?
- Wie man stärker in das Thema erneuerbare Energien investieren will?

Ketzerisch könnte man noch Fragen, wie er denn Tihange jetzt abschalten will.

Das sind alles Dinge, die auf den Plakaten des neuen Städteregionsrats standen, sich aber im Haushaltskonzept „seiner“ Mehrheit nicht wiederfinden.

Ich belasse es mal dabei. Will aber eins klar und deutlich machen. Der neue Städteregionsrat hat sich bereits sehr früh darauf festgelegt mit wem er im Städteregionstag zusammenarbeiten will und damit auch implizit eine Aussage gemacht mit wem nicht.

Gut so! Damit sind die Rollen auch ab dem 01. Januar 2019 klar verteilt. Wir erkennen das Wahlergebnis an und respektieren es.

Aber klar ist auch, dass Tim Grüttemeier in seiner neuen Rolle mit etwas umgehen muss, was ihm nicht liegt und was er bislang nicht kennt.

Kritik und Opposition.

Beides ist er aus seiner Stolberger Zeit nicht gewohnt. Beides wird er in uns als größter Oppositionsfraktion wiederfinden. Ich wünsche ihm viel Freude daran.

Ich möchte mein Eingehen auf die Vorschläge der Mehrheit mit drei Punkten schließen:

1. Ich habe eben reklamiert, dass man mehr als eine Million Euro mehr aus der Ausgleichsrücklage entnehmen will, als die SPD Fraktion es vorschlägt. Dieses Geld will man für eine „digitale Werkstatt“ für den Mittelstand ausgeben.

Friedrich Merz lässt grüßen. Anstatt das Thema Digitalisierung in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Verwaltungseffizienz, öffentliche Daseinsvorsorge und Qualifikation von Menschen in einem digitalisierten Erwerbsleben voranzutreiben, will man jetzt die Digitalisierung von Unternehmen subventionieren und damit bei den Beschäftigten noch mehr Angst vor der neuen Arbeitswelt machen? Wir sollten das Thema Digitalisierung sensibler und vom Nutzen für das Individuum her denken und nicht als Chance zur Gewinnmaximierung. Völlig deplatziertes Ansatz!

2. Dann versucht die Mehrheit mit ihrem Haushalt zu suggerieren sie wäre auf der Höhe der Zeit bei der Bewältigung des Strukturwandels. Wiederum schreibt man in den Haushalt, dass man Aktien von RWE verkaufen will, um einen imaginären Fonds zu speisen. Der Gag an der Sache ist, dass ja noch nicht mal die RWE Aktien verkauft sind, die mit dem laufenden Haushalt veräußert werden sollten. Das heißt hier wird nicht nur die Absicht wiederholt öffentliches Vermögen blindlings aus ideologischen Gründen völlig unökonomisch zu verschleudern. Nein! Sie finanzieren ihren Strukturwandelfonds auch noch auf Pump, da er auch schon ohne RWE-Veräußerungserträge mit aufgenommenem Geld gefüllt worden ist.
3. Schlussendlich gibt der Haushalt der Mehrheit auch keine Antwort auf die drängendste noch offene soziale Frage in unserer Region. Den Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Hier will man nur sanieren, aber keinen neuen Wohnraum schaffen.

Es wird Sie nicht verwundern, dass die SPD-Fraktion unter anderem aus diesen drei Gründen zu dem Schluss kommt, dass dieser Haushalt so für uns nicht zustimmungsfähig ist.

In der Konsequenz lehnen wir den Haushalt von CDU-Grünen deswegen ab!

Aber die SPD in der StädteRegion ist keine Dagegen-Partei.

Bei uns ist auch immer klar, wofür wir stehen. Und auch wenn manche den Glauben, die Annahme oder die Hoffnung haben, dass wir in Deutschland als Volkspartei nicht mehr relevant sind, dann hat es sicher einen Grund, dass wir in der StädteRegion nach wie vor ein absolut relevanter politischer Faktor sind, mit dem die Menschen rechnen können.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir auch dieses Jahr wieder einen eigenen konzeptionellen Ansatz aufgesetzt, den wir heute in den Wettbewerb zu dem der Mehrheit stellen.

Den eins hat der Wahlkampf zwischen Tim Grüttemeier und Daniela Jansen gezeigt, wir führen den politischen Wettstreit miteinander entlang der Frage wer die besseren Inhalte hat und nicht wer die besseren Populisten sind. Die Kommunalwahl 2020 wird zeigen, wie lange wir das noch unter uns auf diesem Niveau tun können.

Es ist sicher nicht verwunderlich, wenn wir mit unserem Haushaltskonzept an die Agenda von Daniela Jansen anknüpfen.

Mit dieser Agenda haben wir viele Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen können, Daniela Jansen zu wählen. Im Übrigen – das hat insbesondere das Ergebnis der Stichwahl in der Stadt Aachen gezeigt – auch viele Wählerinnen und Wähler der Grünen.

Die stehen nämlich noch lange nicht strukturell im Bündnis mit der CDU wie die Fraktion ihrer Partei im Städteregionstag das in Nibelungentreue seit 24 Jahren tut.

Die SPD-Fraktion legt ihre Schwerpunkte für den Haushalt 2019 auf die Bereiche Arbeit, Wohnen und Digitales

250.000,- Euro für ein kommunales Beschäftigungsprogramm für psychisch kranke Langzeitarbeitslose, 5.000.000,- Euro für den sozialen Wohnungsbau und 200.000,- Euro für einen Masterplan „Smart Region“.

Im Bereich des städteregionalen Arbeitsmarkts wollen wir ein Programm auflegen, das die Integration psychisch erkrankter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt fördert. Hierfür will die SPD ab 2019 jährlich 250.000,- Euro zur Verfügung stellen.

Das Teilhabechancengesetz aus dem SPD-geführten Bundesarbeitsministerium ist eine wundervolle Erweiterung unseres letztjährig aufgelegten kommunalen Beschäf-

tigungs-programms, so dass wir jetzt Ressourcen frei haben, um Menschen mit diesem speziellen Vermittlungshemmnis zu unterstützen. Gleichzeitig unterstützen wir vorbehaltlos den Ansatz auch als StädteRegion selber Stellen zu schaffen, um Menschen im Rahmen dieser neuen Förderung eine Perspektive über neue Jobs zu schaffen.

Dieses Programm ist die erste realistische Perspektive, um die enorm hohe Langzeitarbeitslosigkeit in unserer Region endlich in den Griff zu bekommen. Damit würden wir angesichts des nächsten Strukturwandels die Folgen des letzten bewältigen und wüssten, was wir dann besser machen, als es in der Vergangenheit geschehen ist.

Gleichzeitig ist es die beste Wirtschaftsförderung, da wir in der Region an vielen Stellen den Fachkräftemangel enorm spüren. Bereits heute gibt es in vielen Facharbeitsbereichen industrieller Produktionsberufe einen akuten Mangel. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen, wenn wir städteregionale Arbeitsmarktpolitik betreiben.

Für eine gelungene Umsetzung des Teilhabechancengesetzes sollen zudem 200.000,- Euro mehr als im Haushalt vorgesehen für das Coaching von Langzeitarbeitslosen zur Verfügung gestellt werden. Zudem wollen wir die Leistungsbeteiligung für die Schuldnerberatung um 100.000,- Euro im Vergleich zum Vorschlag der Verwaltung erhöhen und somit ein Budget von 750.000,- Euro im Haushaltsjahr 2019 zur Verfügung stellen, da die Schuldnerberatung im Zuge des Teilhabechancengesetzes voraussichtlich verstärkt in Anspruch genommen werden wird.

Die SPD will das Bildungsbüro der StädteRegion Aachen mit 50.000,- Euro stärken, um ein Konzept „Lernen in der digitalen Arbeitswelt“ zu erarbeiten, da die Digitalisierung die Arbeitnehmer*innen vor große Herausforderungen stellt, die bewältigt werden müssen. Das ist unserem Erachten nach der richtige Ansatz, um als StädteRegion eine Rolle in der Gestaltung der digitalen Arbeitswelt einzunehmen. Nicht konzeptlos Geld für die Wirtschaft zur Verfügung stellen, sondern die Angst der Menschen vor der Ersatzbarkeit durch Maschinen und Computer aufgreifen und sie von vornherein dazu zu befähigen ihre Rolle in der Welt von Industrie und Arbeit 4.0 zu finden.

Ein Schwerpunkt der Budgetplanung der StädteRegion muss im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gelegt werden. Deshalb fordern wir, dass in der StädteRegion besser

und vor allem mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert wird. Die SPD will ein Pro-gramm „100 neue und bezahlbare Wohnungen“ auflegen. Hierfür sollen der GWG 5.000.000,- Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen in diesem Bereich nicht wie die Mehrheit kleckern, sondern klotzen.

Im Bereich Digitalisierung fordert die SPD-Fraktion ein Budget von 200.000,- Euro für die Erarbeitung eines Masterplans „SmartRegion“.

Wir sind digitale Modellregion und unserem Erachten nach gehört es zum Anspruch einer digitalen Modellregion, dass wir zuallererst mal ein Konzept vorlegen in welchen Bereichen wir Digitalisierung modellhaft im Sinne der Menschen betreiben wollen.

Unser Haushaltsentwurf sieht ein Budget von 40.000,- Euro für Sach- und Projektkosten zur Umsetzung von E-Mobilität vor. Hier fordert wir für den Haushalt 2019 ein Budget von 90.000,- Euro, um ein städteregionales Mobilitätskonzept zu erarbeiten, das auf elektrischer Antriebstechnik basiert und die Luft in unseren Städten sauber hält. E-Mobilität soll im Bereich Digitales erheblich unterstützt und ausgebaut werden. Zur mobilen und smarten Region zählt unter anderem auch Budget von 50.000,- Euro um E-Bikes als Jobräder für Verwaltungsbeschäftigte zur Verfügung zu stellen. Wir müssen als öffentliche Hand vorbildhaft vorgehen, wenn wir die Menschen in der StädteRegion ermuntern wollen, neue Formen von Mobilität in Anspruch zu nehmen.

Besonders wichtig ist der SPD-Fraktion die Förderung des Ehrenamtes. Bei uns ist das kein Lippenbekenntnis, wie bei anderen!

Wir wollen für ein Stipendienprogramm zur Förderung des Engagements von jungen Ehrenamtler*innen 30.000,- Euro zur Verfügung stellen.

Diese Idee haben wir aus dem Stipendienprogramm des Landessportbundes für junge Übungsleiter übernommen. Das ist eine wahnsinnig tolle Sache und sie funktioniert sicher auch für das Ehrenamt im sozialen und gesellschaftlichen Sinn. Zweck ist es junge Menschen, die noch in Ausbildung oder Studium sind, sollen mit diesem Stipendium vom dem Zwang entlastet werden, zusätzlich zu jobben, um mehr Zeit für ein oder ihr ehrenamtliches Engagement zu haben. Denn die Erfahrung lehrt,

dass es oftmals einen Bruch im Engagement gibt, wenn junge Menschen von der Schule in die Ausbildung wechseln. Diesen Bruch wollen wir vermeiden helfen.

Die Idee ist so gut. Ich wette fest, dass auf sie das zutreffen wird, was ich eingangs gesagt habe. Sie wird nach einem Jahr der „Reife“ von der Mehrheit übernommen werden, ähnlich wie die Förderung des Regio-Sportbundes, die sie in ihre Liste aufgenommen haben.

Es würde von Größe zeugen, wenn sie sie jetzt schon übernommen würden. Aber das würde eben Größe voraussetzen.

Ich komme zum Fazit:

Die SPD ist klar positioniert, welche relevanten Herausforderungen rund um die Themen Arbeit, Wohnen, Digitalisierung und Soziales wir in den kommenden Jahren gestalten wollen. Wir werden auch in der neuen Konstellation für diese Ideen eintreten und streiten!

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede 2019

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat Etschenberg,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Städteregionstages,

Nach einem sehr bewegten und bewegenden Jahr beschließen wir heute Abend den Haushalt für das Jahr 2019

Dieser Haushalt ist aus verschiedenen Gründen etwas Besonderes:

- Es ist der zehnte Haushalt der Städteregion Aachen.
- Es ist der fünfundzwanzigste Haushalt der schwarz/grünen Kooperation. Ein Beweis für gute Zusammenarbeit und Zuverlässigkeit, den 1994 wohl niemand so vorausgesagt hätte.
- Es ist der erste Haushalt mit einer differenzierten Regionsumlage für die Stadt Aachen.
- Es ist der letzte Haushalt, den Helmut Etschenberg in die Beratungen eingebracht hat.
- Es ist der erste Haushalt, für dessen Umsetzung Tim Grüttemeier zuständig sein wird.

An dieser Stelle möchte ich Tim Grüttemeier noch einmal im Namen meiner Fraktion herzlich zu diesem Wahlerfolg gratulieren. Wir sichern Ihnen zu, in der gleichen verlässlichen und ehrlichen Art und Weise mit Ihnen zusammen zu arbeiten, wie wir es in den vergangenen mindestens 24 Jahren mit Carl Meulenbergh und Helmut Etschenberg getan haben.

ein guter Haushalt für Kommunen!

Die Regionsumlage wird gegenüber dem Jahr 2018 noch einmal um weitere 0,3 %-Punkte auf nunmehr rund 40,4 % gesenkt. Und das trotz des zu erwartenden Einnahmeausfalls aus dem sog. „5-Mrd.-Paket zur Eingliederungshilfe“ in Höhe von letztlich rund 4,5 Mio. €. Diese Mindereinnahmen werden wir zugunsten unserer Kommunen aus der Ausgleichsrücklage decken!

Ich bin mal gespannt, ob sich die Bürgermeister daran im kommenden Herbst noch erinnern werden.

Ein guter Haushalt für unsere MitarbeiterInnen

Wir sagen nach wie vor „JA“ zum Personalbewirtschaftungskonzept. Dieses ist ein guter Kompromiss zwischen dem Zwang zu Sparen einerseits und dem Wunsch nach einer guten Personalausstattung andererseits.

Wir sagen ebenfalls „JA“ zur Anlehnung an die Orientierungsdaten des Landes, die für 2019 eine pauschale Steigerung der Personalkosten in Höhe von 3% bedeuten.

Wir sagen „JA“ zur schrittweisen Organisationsuntersuchung in unserer Verwaltung. Nach dem Straßenverkehrsamt wird jetzt das Ausländeramt untersucht. Auf das Ergebnis sind wir gespannt.

Und wir sagen „JA“ zum Vorschlag des Personalrats, 100.000 € für die Personalgewinnung und –erhaltung in den Haushalt einzustellen. Und auch hier sind wir sehr gespannt auf das von uns geforderte Konzept.

Ein guter Haushalt für die soziale Region!

Mit dem Teilhabechancengesetz eröffnet sich die Möglichkeit, für sehr arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose durch die Aufnahme einer Beschäftigung soziale Teilhabe zu schaffen. Wir wollen für dieses Programm in der Städteregion 25 Stellen bereitstellen, für einfache Tätigkeiten in der Verwaltung, zur Hausmeisterunterstützung bei den Schulen und Kindertagesstätten und anderes mehr. Darüber hinaus werden wir auch bei unseren Beteiligungsgesellschaften dafür werben, sich an diesem Programm zu beteiligen.

Unser im letzten Jahr geschaffenes kommunales Arbeitslosenprogramm wollen wir, wie beschlossen in 2019 fortführen und evaluieren.

Wir wollen Menschen in den Blick nehmen, für die es besonders schwer ist, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen: Menschen mit psychischer Beeinträchtigung. Wir werden bei Sprungbrett eine Arbeitsgruppe einrichten, bestehend aus einem Psychatriekoordinator und mehreren Mitarbeitern, die sich speziell um diese Menschen kümmern sollen. Dazu stellen wir zusätzliche 250.000 € in den Haushalt ein.

Basierend auf dem städteregionalen Sozialbericht soll 2019 ein Handlungskonzept zu konkreten Strategien, Handlungsansätzen und –maßnahmen erarbeitet werden. Die dazu notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von ca. 100.000 € übernehmen wir gerne in unseren Haushaltsvorschlag. Die fundierten Ergebnisse und Vorschläge dieses Konzepts werden wir dann gerne 2020 im Haushalt berücksichtigen.

Bezahlbare Wohnungen schaffen, das ist eine der vordringlichsten aktuellen sozialen Aufgaben. Wie in 2018 wollen wir auch 2019 für weitere 2 Mio. € Aktien verkaufen und das Geld lieber in die GWG investieren. Dieses Eigenkapital soll die GWG nutzen, um bestehende Wohnungen, insbesondere in den schwächeren Sozialräumen, sozialverträglich zu sanieren, ohne dass dadurch die Mieten explodieren. Für uns ist dabei die soziale Rendite wichtig, nicht die ökonomische! Ein „Leerstandsregister“, wie es die LINKE-Fraktion vorschlägt, könnte hierzu hilfreich sein.

Die ortsnahe Krankenhausversorgung ist für unsere Bürgerinnen und Bürger der Städteregion wichtig und unabdingbar. Wir unterstützen die Planungen zum Auf- und Umbau „unseres“ RMK. Und damit in Zukunft nicht bei jedem ökonomischen Gegenwind gleich das Kentern der Gesellschaft droht, werden wir weitere 2 Mio. € an Aktien verkaufen und mit dem Geld die wirtschaftliche Basis des RMK stärken.

Ein guter Haushalt für die Bildungsregion!

Wir investieren in 2019 über 6,6 Mio. € in die 19 städteregionalen Schulen! Digitalisierung, Gebäudebestand, Sanitäreanlagen, energetische Ertüchtigung, Brandschutz usw. Im Zeitraum von 2012 bis 2022 insgesamt über 43 Mio. €.

Mit der Bildungszugabe eröffnen wir jährlich über 44.000 Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, außerschulische Lernorte zu besuchen – und das unabhängig von der finanziellen Situation der Familie.

Wir wollen die Bildungszugabe im Rahmen der Sozialplanung weiter entwickeln und den Focus mehr auf die sozial benachteiligten Räume legen. In 2017 und auch 2018 wurden nicht mehr die gesamten Mittel der Bildungszugabe abgerufen wurden. Wir wollen, gemeinsam mit Verwaltung und Schulen nach den Ursachen für diesen Rückgang suchen und das Angebot gezielt verbessern.

Seit 2015 führen wir das sehr erfolgreiche und inzwischen über die Städteregion hinaus bekannte Projekt „KOBSI“ durch, aktuell in dreizehn Schulen. Von der „Manndeckung“ zur „Raumdeckung“ ist das Prinzip. Weniger Erwachsene im Klassenraum, Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und eine Verbesserung des Unterrichtsgeschehens sind das Ergebnis. Wir haben– über den Haushaltsansatz der Verwaltung hinaus – weitere 250.000 € in den Haushalt eingesetzt, damit können dann weitere fünf Inklusionshelfer an weiteren Schulen eingesetzt werden – die Nachfrage danach ist dem Vernehmen nach sehr groß.

Ein guter Haushalt für die ökologische Region

Mit unserem Antrag zum Insektenschutz, dem ähnlich gelagerten Antrag der FDP zum Bienenschutz sowie dem zuletzt beschlossenen Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ zeigt die Städteregion Flagge beim Thema „Erhalt der Artenvielfalt“. Auch wenn wir damit alleine sicher nicht das Insektensterben aufhalten werden, so ist es doch ein wichtiges Signal, dass wir als kommunale Gebietskörperschaft hier ein Zeichen setzen. Wir unterstützen die Idee der LINKE-Fraktion, Dächer und Fassaden städteregionaler Gebäude zu begrünen. Dies kann aber ohne zusätzliche Haushaltsmittel im Rahmen des Budgets der Klimaschutzmaßnahmen erfolgen.

Wir setzen unser IKSK konsequent weiter um. Wir freuen uns auf die Diskussion um den REPAC, den „Regionalen Energieplan Aachen 2030“.

Zur Unterstützung der Klimaziele der Städteregion wollen wir unseren städteregionalen Solarkataster und unsere Solardachbörse in 2019 noch einmal stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung bringen.

Die Städteregion ist eine Radfahr-Region! Bei der touristischen Entwicklung des Radverkehrs ist die Städteregion mit den verschiedenen Radwegen und – konzepten schon weit vorn. Wir wollen die Alltagsmobilität mit dem Rad nach vorne bringen. Und dazu im kommenden Jahr die einfachen, normalen Radwege in den Blick nehmen.

Ein guter Haushalt für die Wirtschaftsregion

Der Strukturwandel kommt, früher oder später. Ob in zwei, fünf oder zehn Jahren, unsere Region muss sich diesem Wandel stellen. Und dazu ist die Städteregion gut aufgestellt. Nicht nur mit der technologischen Expertise unserer Hochschulen. Sondern auch mit konkreten Wirtschaftförderungsprojekten. Gewerbeflächenpool, das Industriedrehkreuz in Weisweiler, der Railport in Stolberg, unsere neue Partnerschaft nach Ansan in Südkorea. Das alles bietet die Chance, neue Arbeitsplätze hier vor Ort zu schaffen.

Das Megathema der nächsten Jahre ist die Digitalisierung. Wir wollen mit der „Digitalen Werkstatt“ einen Ort zum praktischen Austesten und Erlernen neuer Technologien schaffen, insbesondere für kleine Unternehmen, die weder die personelle noch die finanzielle Kapazität haben, Mitarbeiter für Wochen und Monate auf teure Seminare zu schicken. Ein Projekt, welches uns gerne 1 Mio. € wert ist.

Ein guter Haushalt für die Kulturregion

In Sachen „Kultur“ gilt für die Städteregion seit je her das Motto „Klein aber fein“.

Da ist das KuK in Monschau, welches sich inzwischen als der Hotspot für Fotografie weit über die Region hinaus einen Namen gemacht – was über 30.000 Besucher pro Jahr beweisen!

Oder das Kulturfestival X, welches als einziges städteregionales Kulturereignis wirklich in allen Kommunen der Städteregion stattfindet und jedes Jahr rund 20.000 Menschen begeistert. Und selbstverständlich werden wir dieses Aushängeschild städteregionaler Zusammenarbeit auch in Zukunft weiter fördern.

Auch der „Kulturrucksack“ findet, wie mir die Amtsleiterin versicherte, selbstverständlich auch in 2019 statt und wird, wie in den Vorjahren mehrere tausend junge Menschen unter der Begleitung professioneller Künstler in den verschiedensten kulturellen Projekten begeistern.

Was wäre die Kultur in der Städteregion ohne das Grenzlandtheater, „unser“ kleines und feines Theater mit großen Produktionen und Schauspielern. Wir werden natürlich den Haushaltsansatz entsprechend der Notwendigkeiten des Theaters um 30.000 € erhöhen.

Mit dem Energeticon und dem Zinkhütter Hof verfügt unsere Region über zwei außergewöhnliche Leuchttürme zu Geschichte und Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Wir unterstützen daher ausdrücklich die höheren Zuwendungen an diese beiden Einrichtungen.

Dank

Meine Damen und Herren,

zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich bedanken:

- bei den Fraktionen von FDP und LINKE für die, bei allen Unterschieden im Detail, faire Arbeit im letzten Jahr

- bei unserem Kooperationspartner CDU, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten 24 Jahren (und mehr)
- bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für ihre immer an den Bürgerinnen und Bürgern ausgerichtete Arbeit,
- bei der Kämmerei, allen voran Herr Claßen und Herr Jansen für die wie immer hervorragende Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen
- und zum Schluss natürlich bei zwei Personen, die heute ihre letzte Haushaltssitzung haben, ganz besonders:
 - bei Axel Hartmann,
 - und, zum Schluss, bei Helmut Etschenberg.

Schlussbemerkung

Ein letzter Satz: Helmut Etschenberg und seine Verwaltung haben uns einen sehr guten Haushalt für 2019 vorgelegt. CDU und GRÜNE erweitern diesen Haushalt (im Wesentlichen) noch einmal um sechs Punkte und 6 Mio. €:

- 1 Mio. € für die digitale Weiterbildung kleiner Betriebe
- 750 T€ für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen
- 250 T€ für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen mit psychischen Erkrankungen
- 250 T€ für weitere fünf Integrationshelfer an den allgemeinbildenden Schulen
- 2 Mio. € zur Stärkung unseres Krankenhauses
- 2 Mio. € zur Stärkung unserer Wohnungsbaugesellschaft

Ich bitte um Zustimmung!

Vielen Dank

Haushaltsrede 2019

Stand 13. 12. 2018

**Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Meine Damen und Herren,**

Das Haushaltsrecht ist in der Demokratie das Urrecht der Parlamente.

Wie wenig den Abgeordneten der Kommunalparlamente davon heute real bleibt wird einem immer dann bewusst wenn es nach wochenlangen Beratungen an das Abfassen einer Haushaltsrede geht. Der prozentuale Anteil der frei verfügbaren Mittel, und damit unsere Gestaltungsmöglichkeiten, wird gegenüber den Pflichtaufgaben immer kleiner. Umso wichtiger ist es daher das wenige möglichst gezielt einzusetzen.

Für eine kleine Oppositionspartei stellt sich dabei immer wieder die Frage: sagen wir einfach zu allem nein oder bemühen wir uns in Gesprächen mit den Mehrheitsfraktionen zumindest einen Teil auch unserer Vorstellungen realisieren zu können.

Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, dass bereits der weitaus größte Teil der dem Haushalt zugrunde liegenden Zahlen auf Beschlüssen beruht, die wir selbst im Laufe der Jahre oder des letzten Jahres mit beschlossen haben und die von uns nach wie vor voll unterstützt werden.

Nicht zuletzt dem stets um Ausgleich bemühten Städteregionsrat ist es zu danken, dass Opposition nicht nur Mist ist. So konnten auch wir Liberalen in der Vergangenheit für manche unserer Ideen Mehrheiten gewinnen. Ich nenne nur ein für uns besonders wichtiges

Beispiel:

Aus dem Landesprogramm "Gute Schule 2020" 40 % der Mittel für die Digitalisierung der Schulen aufzuwenden. Auch in der gemeinsamen Strukturkommission konnten wir auf Augenhöhe mit den Mehrheitsfraktionen und der SPD mit dafür sorgen, den Haushalt von einer ganzen Reihe unserer Meinung nach entbehrlicher Ausgaben zu entlasten.

Auf dieser Grundlage war es für meine Fraktion nur logisch den im Vorjahr begonnenen Weg fortzusetzen und im Austausch mit der Mehrheit auch etwas liberalen Zucker auf die Haushaltstorte zu streuen.

Uns ging es dabei vor allem um drei Schwerpunkte:

- 1. Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung im Verbund mit dem Strukturwandel**
- 2. Soziales mit dem Schwerpunkt Langzeitarbeitslosigkeit**
- 3. Digitalisierung**

Zu 1 zitiere ich unseren Mann in Düsseldorf: Dr. Werner Pfeil:

Eine der großen Herausforderungen unserer Region ist der Strukturwandel.

Die Mitglieder unserer Fraktion sind aktiv im Zweckverband und in der dort gegründeten Task-Force, die während der Sommerferien schon ein Projektpapier entwickelt hat.

Sie sind aber auch aktiv in der Gesellschafterversammlung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und im Landtag. Neben diesen guten Vorarbeiten, bei denen mögliche Umsetzungsprojekte aus den Regionen erarbeitet und

vorgestellt werden, ist es jedoch auch notwendig für bereits jetzt umzusetzende Großprojekte die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Planungen zügig voranzutreiben.

Andere Regionen in Deutschland entwickeln sich ebenso weiter fort, so daß wir hier nicht abwarten können, sondern mit voran gehen müssen.

Das bedeutet gerade für den EUREGIO Railport in Stolberg/ Eschweiler, dass Gelder für entsprechende Planungen vorhanden sein müssen, denn hier geht es nicht nur um einen Umschlagplatz von Gütern, die von den Seehäfen in Rotterdam und Antwerpen zu uns kommen, es geht auch um Veredelung und die Ansiedlung neuer weiterer Firmen.

Das bedeutet für das Drehkreuz Weisweiler, dass hier Gelder ebenso für Planungen bereit gestellt werden müssen, um zügig die weitere Entwicklung zu begleiten.

Und das bedeutet für den Forschungsflugplatz Merzbrück, dass wir auch hier zeitnah die noch ausstehenden Planungen bezüglich der EUREGIO-Bahn zu Ende bringen, damit die Landebahn verschwenkt, die Forschungsgebäude der RWTH gebaut und E-Fly nicht nur auf dem Papier als neues Großprojekt entstehen kann.

Das sind nur drei Vorhaben, die ganz konkret jetzt schon mit Landesmitteln unterstützt werden und die für unsere Region eine hervorragende Möglichkeit der Weiterentwicklung darstellen.

Dazu kommt noch und das sei hier in aller Deutlichkeit gesagt, dass das Wissenschaftsministerium am 5.12.2018 bekannt gegeben hat, dass es die ERASMUS+ Initiative zur "Stärkung der länderübergreifenden Partnerschaft zwischen Hochschuleinrichtungen" in ganz Europa fördert.

Voraussetzung ist, dass Kooperationsmodelle unterstützt werden, die mit mindestens drei Hochschulen aus drei "ERASMUS"-Ländern zusammenarbeiten. Hier greifen wir eine alte Forderung der FDP-Fraktion in diesem Hause auf, eine strukturelle Zusammenarbeit der Hochschulen in Lüttich, Maastricht, Hasselt und Aachen weiter zu entwickeln.

Anmerkung: Der von Werner Pfeil formulierte aktuelle Antrag unserer Fraktion wurde vom SRA einstimmig angenommen.

Auch hierzu benötigen wir Gelder, vor allem aber auch man-power, um die Gesprächspartner an einen Tisch zu bekommen, die Idee der vernetzten Hochschulen in der Region Charlemagne weiterzuentwickeln und hiermit einen Beitrag zu leisten zu der Vision der "Europauniversitäten", wie sie Präsident Macron vor einem Jahr ins Leben gerufen hat.

Hier dürfen wir keines Falls abseits stehen, denn es gibt keine Region, bei der die Voraussetzungen so günstig sind, wie bei uns. Die Hochschulen liegen nicht weit auseinander und doch in drei EU-Ländern.

Auch unser Verkehrsminister hat die Forderung der engeren Zusammenarbeit der Hochschulen gehört, die unsere Fraktion dort vorgetragen hat und bereits jetzt in einem 1. Schritt für schnelle Verbindungen zwischen Maastricht, Aachen und Lüttich gesorgt.

Wir hatten für diese Bedarfe eine Gesellschaftsgründung vorgeschlagen, deren Ausstattung wesentlich durch den Verkauf der RWE-Aktien finanziert werden sollte. Die Mehrheitsfraktionen haben auf unsere Bitte hin ihren Strukturfonds nochmals um 100.000 € angehoben. Wenn das nicht reichen sollte werden wir sicher gemeinsame

Lösungen finden.

Zu 2:

Seit Jahren begleiten wir mit großem Respekt die unermüdlichen Bemühungen unseres Job-Centers die Zahl der Langzeitarbeitslosen in unserer Region zu reduzieren. Seit 2005 ist es diesem sehr erfolgreichen Team gelungen, deren Zahl auf erstmals unter 8.000 mehr als zu halbieren.

Stellvertretend für das gesamte Team möchte ich hier Stefan Graaf meinen Dank für seinen nimmermüden hochengagierten Einsatz aussprechen.

Während bisher eine dauerhafte Förderung durch Bundesprogramme immer wieder von einer unsäglichen Bürokratie behindert wurde, war es vor allem die Kurzfristigkeit dieser Programme, die Erfolge zusätzlich erschwerten.

Hier bietet jetzt das neue Bundesgesetz zur Teilhabe am Arbeitsmarkt sowohl unseren Mitgliedskommunen als auch der StädteRegion selbst als Arbeitgeber die Möglichkeit, aktive Hilfe zu leisten.

Als bei der Vorstellung des Gesetzes und seiner Fördermöglichkeiten bekannt wurde, dass die Stadt Aachen von der zunächst auf 500 Stellen geschätzten Fördermöglichkeit für die gesamte StädteRegion 50 Stellen mit Langzeitarbeitslosen besetzen will bat ich Frau Prof. Vomberg für unsere Verwaltung die finanziellen Auswirkungen bei einer Einstellung von 25 Bewerbern zu berechnen.

Ich habe unserer Sozialdezernentin zu danken, dass wir diese Zahlen umgehend erhalten haben und sie in unsere Änderungsliste einstellen konnten.

Die infrage kommenden Menschen benötigen aber für ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt besonders intensive Unterstützung. Dafür hat das Gesetz auch ein bundesfinanziertes Coaching vorgesehen. Bei unserer Abstimmung stellten wir fest, dass auch die Mehrheit sich, genau wie wir nicht nur auf diese Zusage verlassen möchte.

So haben wir unabhängig voneinander zusätzliches Geld für ein eigenes Coaching unserer zukünftigen Mitarbeiter eingestellt.

Alle Fraktionen haben immer wieder betont, dass die Schaffung sozial geförderten Wohnraums eine soziale Aufgabe erster Priorität darstellt. Das war auch Thema des gerade hinter uns liegenden Wahlkampfes. Die StädteRegion hat da allerdings mangels verfügbarer Grundstücke nur begrenzte Möglichkeiten. Prof. Thomas hat das im Fachausschuss überzeugend dargelegt. Hier liegt die Hauptverantwortung bei unseren Mitgliedskommunen.

Trotzdem unterstützen wir alle Bemühungen in dieser Richtung und freuen uns besonders darüber, dass CDU/Grüne auf unseren Wunsch ihre dementsprechende Position um einen Betrag für bedrohte Frauen, die aus den viel zu kleinen Frauenhäusern ausziehen müssen, eingestellt haben.

Zu 3:

Digitalisierung ist unbestritten eines der wesentlichen Themen, wenn nicht sogar das wesentlichste Thema der aktuellen Zeit! Nicht zuletzt in unserer Modellregion. Hierzu hat mein Fraktionskollege Hendrik Hackmann einige grundlegende Gedanken formuliert, die weit über das nächste Haushaltsjahr hinausreichen:

Was ist Digitalisierung eigentlich? Fragen Sie einen Mitbürger auf der Straße – welche Antwort werden Sie erhalten? Breitbandausbau? Verkabelung innerhalb von Schulen, um die Klassenräume mit schnellen Netzwerkverbindungen anzubinden? iPads in den Klassen? Ist das tatsächliche schon Digitalisierung?

Wir müssen als Gesellschaft den Diskurs darüber beginnen, wie viel Entscheidungsspielraum dürfen und wollen wir an Maschinen im Rahmen der Digitalisierung delegieren? Wer übernimmt die Verantwortung für diese Maschinen, sollten Fehlentscheidungen getroffen werden?

Viele Fragen, auf die es schnell Antworten zu finden gilt, da andere Regionen in Europa und andere Länder auf der Welt Siebenmeilenstiefel angezogen haben und uns davonrennen. Warum ist es gerade für die StädteRegion und für Deutschland insgesamt so wichtig den Anschluss nicht zu verlieren?

Weil neben der Frage, wie kann der Wunsch der Arbeitnehmer nach steigenden Gehältern erfüllt werden, ein weiteres Problem virulent wird – nämlich der Fachkräftemangel, der mittelfristig zu einem der größten Wachstumshemmer der Wirtschaft zu werden droht.

Diese Fragen müssen wir umfassend mit unseren Mitmenschen diskutieren. Hierfür benötigen wir aber auch ein Fortbildungssystem, das auch bei unseren Mitbürgern die Voraussetzungen für die Digitalisierung schafft. Das erfahrenen Gesellen und Facharbeitern aus den unterschiedlichsten Berufszweigen die Möglichkeiten eröffnet, sich niederschwellig mit den spezifischen Neuerungen für ihren Beruf auseinanderzusetzen.

Hierfür haben wir im Haushalt einen Posten eingestellt, der eine solche Weiterbildung ermöglichen soll. Ein Projekt,

das im Übrigen im Rahmen der Digitalen Modellregion, ein Förderprojekt des Landwirtschaftsministeriums, an dem die StädteRegion teilnehmen darf, förderfähig sein wird.

Daneben existieren z.B. weitere Herausforderungen im Rahmen der Mobilität. Hier sind in der StädteRegion bereits exzellente Konzepte erdacht worden wobei es insbesondere darum geht, diese weiterzuentwickeln. Auf der einen Seite wurden Erfolgsprojekte wie der StreetScooter oder die Mobilitätsplattform MobilityBroker bereits realisiert und erfolgreich vermarktet. Auf der anderen Seite gibt es weitere Projekte wie der eGo oder der eGo-Mover, die unsere Unterstützung benötigen.

Ein weiteres Projekt, das ebenfalls durch die StädteRegion gefördert wird und weiter gefördert werden muss, ist der bereits erwähnte Ausbau des Forschungs-Flughafens Merzbrück. Auch hierfür haben wir eine Anschubfinanzierung in den Haushalt eingestellt.

Wichtig ist, dass die StädteRegion Aachen zu einer tatsächlichen Modellregion für Digitalisierung und künstliche Intelligenz wird. Im Zuge des Strukturwandels ist Wissen unsere wesentlichste Ressource und die StädteRegion hat aufgrund der Hochschuldichte im Dreiländereck und der dortigen Fächerkonstellationen dafür die besten Voraussetzungen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige generelle Bemerkungen:

Wir hatten uns erhofft aufgrund der besseren Ausgangslage die Ausgleichsrücklage für schwierigere Zeiten wieder auffüllen zu können. Da die erwarteten KdU-Millionen aber nicht der StädteRegion sondern ausschließlich unseren Kommunen zufließen wäre dies nur mit einer nachträglichen Erhöhung der Umlage möglich

gewesen. Diesen Weg wollen wir nicht gehen und stimmen deshalb - wenn auch *not amused* - der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante 3 zu. Mittelfristig sollten wir jedoch am Ziel der Stärkung der Rücklage festhalten. Besonders für unsere schwächer aufgestellten Kommunen wäre ein solcher Rückhalt bei einer eventuellen Konjunkturabschwächung eine große Hilfe.

Aufmerksam sollten wir die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Rhein-Maas-Klinikums beobachten. Wir wünschen uns sehr dass durch eine konsequente Fortsetzung der Modernisierung der Erfolgsweg der vergangenen Jahre wieder aufgenommen werden kann.

Lassen Sie mich schließen mit einem herzlichen Dank an die Verwaltung insgesamt, im besonderen aber Herrn Claßen, der uns in vorbildlicher Weise bei unseren Beratungen zur Seite gestanden hat. Unser Dank gilt auch allen Mitarbeitern, hier stellvertretend gerichtet an den Personalratsvorsitzenden Frank Schalge. Nicht zuletzt danke ich meinen Fraktionskollegen für die großartige Teamarbeit. Auch den übrigen Fraktionen dieses Hauses gilt mein Dank für die stets faire Zusammenarbeit.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu!

**Herr Städteregionsrat,
Heute leiteten Sie Ihre letzte Sitzung Ihres Städteregionstages. Ihre Leistungen sind heute schon von meinen Vorrednern gebührend gewürdigt worden. Ich schließe mich dem heute nicht an sondern ich halte es wie die Juden.**

Wenn Juden sich verabschieden sagen sie

Nächstes Jahr in Jerusalem!

Ich sage Ihnen:

Übermorgen im Krönungssaal!

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag
Raum E 188 | Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
Fon: +49241 5198 3305 | Fax: +49241 5198 80011
Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
Web: <http://www.dielinke-staedteregionstag.de>
Facebook: <https://www.facebook.com/linksfraktionstaedteregionaachen/>



Rede zum städteregionalen Haushalt 2019 von Uwe F. Lühr, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Städteregionsrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

immer wieder gibt es neue Herausforderungen, denen wir uns auch auf Ebene der Städteregion stellen müssen. Insbesondere fordern uns der Mangel an Pflegekräften, der hohe Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern, die immer geringer werdende Zahl an bezahlbaren Wohnungen und weiterhin der Klimawandel.

Bei allen Themen arbeiten wir an Antworten. Doch schnell wirksame Lösungen gibt es bekanntlich in den meisten Fällen nicht. Und auch die gelegentlich unterschiedlich gesetzten politischen Schwerpunkte sorgen für Hürden und Diskussionsstoff, so dass es auch nicht verwundert, dass das Ergebnis für den heute zu verabschiedenden Haushalt ebenso differenziert gewichtete Änderungswünsche der Mitglieder dieses Gremiums beinhaltet.

Lassen Sie mich auf drei unserer Änderungswünsche näher eingehen:

So haben wir den Posten „*upcycling*“ aufgenommen. Ein Thema, das man zuerst mit der Abfallwirtschaft in Verbindung bringen möchte. Doch wir ordnen dieses Zukunftsthema der Wirtschaftsförderung zu. In einem rohstoffarmen Land wie dem unseren wird es auf Sicht immer stärker erforderlich sein, für die ausgedienten Gebrauchsgüter nach einer weiteren Verwendung zu suchen. Startups, die sich diesem Aspekt zuwenden, sollen nach unseren Vorstellungen in den ersten beiden Jahren finanzielle Unterstützung erfahren. Dadurch benötigen sie weniger Zeit für die Kapitalbeschaffung und erhalten mehr Freiraum für die Suche nach neuen Verwendungszwecken aussortierter Produkte. Denkbar ist zudem ein Kreativ-Zentrum, an dem sich solche Startups untereinander helfen, unterstützen und inspirieren können. Und mit Blick auf den begonnenen Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier sehen wir hierin einen Beitrag zu neuen dauerhaften Beschäftigungsmöglichkeiten.

Unser Ansatz „*Fassadenbegrünung*“. Dieses Anliegen hatten wir schon einmal in einem Antrag für den seinerzeitigen Unterausschuss „Modellregion Klimaschutz“ (kurz UAMK) formuliert. Doch dann wurde der Unterausschuss aufgelöst und übrig blieb nur noch eine Abendveranstaltung, die sich schwerpunktmäßig mit den unterschiedlichen Facetten der Dachbegrünung beschäftigte. Doch Dachbegrünung alleine ist zu wenig, um der weiteren Stadterwärmung und dem Insektensterben entgegenzuwirken sowie bei mehr Biodiversität erfolgreich zu sein. Fassadenbegrünungen sind also eine sinnvolle Ergänzung, die jeweils zielgerichteten Aktivitäten zu ergänzen.

„*Schaffung bezahlbaren Wohnraums*“. Der vor Jahrzehnten trotz eindringlicher Warnung eingeleitete Verkauf öffentlichen Wohneigentums und die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit haben dazu geführt, dass vielerorts für große Teile der Bevölkerung kaum noch bezahlbarer Wohnraum angemietet werden kann. Dies ist auch für die lokale Politik eine besondere Herausforderung. Sie erinnern sich, dass unter Mitinitiative unserer Fraktion die Verwaltung einstimmig mit der Erstellung eines Handlungskonzeptes beauftragt wurde, auf das wir jedoch bis heute warten. Das bedeutet aber nicht, dass es keinen Handlungsbedarf mehr gibt, weshalb wir zwei Positionen in unsere

Änderungsliste aufgenommen haben, die Teile eines möglichen Handlungskonzeptes sein könnten. Die eine Position betrifft die Installierung eines Leerstandsregisters auf städteregionaler Ebene, die andere die Unterstützung zur Errichtung oder Erhaltung von bezahlbarem Wohnraum.

Das Leerstandregister soll ein transparentes Register sein, in das die Menschen die von ihnen entdeckten Leerstände melden können. Diese Meldungen sollen dann seitens der Verwaltung weiterverfolgt werden, damit gegebenenfalls bezahlbarer Wohnraum aktiviert werden kann.

Anmerkung: Unsere Verwaltung soll die jeweiligen Meldungen an die betreffenden Kommunen weitergeben, damit sich dort die verantwortlichen Stellen weiter kümmern. Gegebenenfalls auch nachfragen, was aus der Meldung geworden ist.

Was den zweiten Teil betrifft, haben wir noch einmal eine Eigenkapitalerhöhung bei der GWG vorgesehen, damit diese in die Lage versetzt wird, entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung weiteren bezahlbaren Wohnraumes wahrnehmen zu können. Aber darüber hinaus möchte ich einen ergänzenden Ansatz vorstellen, weil mit den herkömmlichen Herangehensweisen alleine der anspruchsvollen Aufgabenstellung nicht nachzukommen ist. Dieser ergänzende Ansatz sieht die Gründung einer gemeinnützigen operativen Stiftung „Bezahlbarer Wohnraum“ vor. Hierbei würde ein Teil des von uns für die Eigenkapitalerhöhung bei der GWG vorgesehenen Geldes als Kapitalstock in eine Stiftung gezahlt. In diese Stiftung könnten in der Folge Dritte (bspw. Unternehmen, sozial engagierte Menschen oder Erblasser) weitere Mittel in Form von Zustiftungen oder Spenden einbringen, die dann seitens der Stiftung zum Erhalt oder der Erstellung bezahlbaren Wohnraumes eingesetzt werden. Die recht neue Form einer partiellen Verbrauchsstiftung eröffnet in diesem Rahmen neue Chancen.

Neben den bereits zu Beginn erwähnten Themen werden uns in 2019 ebenso die stetig zunehmende Kinderarmut, die veränderten Anforderungen an die Mobilität sowie der Umgang mit der außergewöhnlich hohen Zahl an zugewanderten Menschen beschäftigen. Und ganz besonders werden sich unsere Überlegungen um die Bewältigung des Strukturwandels nach der Braunkohle und die Digitalisierung drehen.

Was die erforderliche Digitalisierung der StädteRegion betrifft, ist für einen Erfolg dringend die grundlegende Einigung darüber erforderlich, welche Standards die jeweils engagierten Infrastrukturunternehmen in welcher Zeit in den jeweiligen Orten für die Versorgung mit schnellem Internet zu erfüllen haben. Es kann nämlich nicht sein, dass sich manche Unternehmen nur um die Filetstücke kümmern und den weniger attraktiven Rest außer Acht lassen. So kann die von uns angestrebte flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet nämlich nicht gelingen. Was die Arbeitsplätze nach dem Ende der Braunkohle angeht, so ist neben Energieerzeugung, Industriearbeitsplätzen und Logistik auch die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln in den Blick zu nehmen. Hier bieten sich mit der Produktion unter Glas neue Möglichkeiten. Aquaponik wäre dabei eine Sparte mit bedeutendem Wachstumspotential und Arbeitskräftebedarf.

Der zur Abstimmung stehende Haushaltsentwurf enthält keine Grausamkeiten. Er beinhaltet vieles, das wir mittragen, aber bspw. mit dem Personalbewirtschaftungskonzept auch gravierende Dinge, denen wir nicht zustimmen können, so dass wir zu dem Entschluss gelangt sind, uns zu enthalten.

DIE LINKE dankt allen Beschäftigten für ihren beispielhaften Einsatz. Insbesondere gilt denen hier unser Dank, die für die Sitzungsvorlagen verantwortlich sind und denen, die stets unsere Vorstellungen in den Haushalt einarbeiten. Wobei das Engagement von Herrn Claßen eine extra Würdigung verdient.

Allen wünsche ich auch im Namen meiner Fraktion ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes gemeinsames Jahr 2019!



Gruppe im Städtereionstag Aachen

PIRATEN-UFW Gruppe im Städtereionstag Aachen • Zollernstr. 16 • 52070 Aachen

Rede Haushalt 2019 PIRATEN-UFW Gruppe StädteRegion Aachen

Geschäftsstelle:

Zollernstraße 16 • 52070 Aachen
Raum E180
Tel. 0241 - 5198 3642
Fax 0241 - 5198 5589
www.piraten-ufw.de
gruppe@piraten-ufw.de

Geschäftsführer:

Maximilian Möhring
Tel. 0152 - 53898480
Fax 0241 - 5198 5589
maximilian.moehring@piraten-ufw.de

Aachen, den 13.12.18

Sehr geehrter Herr Städtereionsrat Etschenberg,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Auch wenn nun mehr ein ganzes Jahr, seit der letzten Haushaltsverabschiedung, ins Land gegangen ist, haben die politischen Ereignisse auf kommunaler, nationaler, wie internationaler Ebene eine durchwegs kurzweilige Zeit hieraus gemacht.

Wie bereits im letzten Jahr, möchte ich auch in diesem, auf Grund durchwegs kritischer Rückmeldungen auf lyrische, wie poetische Elemente in meiner Rede verzichten und somit lediglich einige Worte des Lobes, wie der konstruktiven Kritik vorbringen und somit auch dem Zeitpunkt des Jahres, durch eine Rückschau, wie einen möglichen Ausblick, gerecht werden.

Zunächst möchte ich an dieser Stelle Ihnen Herr Etschenberg, für Ihr Engagement, wie ihre aufgebrachte Passion für die StädteRegion Aachen danken. Auch wenn unsere politischen Ansichten in diversen Bereichen divergieren, so scheint unser Verständnis von Einsatzbereitschaft durchaus einer ähnlichen Definition zu Grunde zu liegen. Gerade zum Abschluss ihrer Amtszeit sei auch hier ein Wort des Lobes, wie des Dankes, verloren. Ein Rückblick auf das vergangene Jahr konfrontiert uns, genau wie bereits im letzten Jahr jedoch auch leidlich mit dem Abschied von Menschen aus unserem nahen Umfeld, welche sich nicht nur lediglich aus der Politik zurückgezogen haben. So möchten wir in stillem Gedenken an unser verstorbenes Gruppenmitglied Bertram Eckert erinnern.

Nun jedoch ein Blick auf den Haushalt für 2019

Ein besonders positives Signal sendet der aktuelle Haushalt der StädteRegion Aachen durch die Senkung der Regionumlage, wie die Zusage die Kompetenzen der StädteRegion nicht zu erweitern, um den Kommunen im finanziellen Kraftakt keine weiteren Anstiege eben dieser zu zu muten.

Während wir im StädteRegionstag jedoch munter Konzepte erstellen und verabschieden um die StädteRegion Aachen als Tourismusregion weiter zu etablieren, wie gleichzeitig dem individuellen Kraftverkehr durch Unterstützung des Zweiradverkehrs entgegen zu wirken, fällt dem Ausbau und der attraktiveren Gestaltung des ÖPNV kaum Aufmerksamkeit zu, während der Anschluss ländlicher Gebiete an den ÖPNV weiterhin geringfügig frequentiert ist, wie auch preislich dem persönlichen Individualverkehr keine Attraktivität raubt. Gerade hierdurch könnten jedoch etliche Emissionen eingespart werden.

Ein weiterer entscheidender Faktor zur attraktiveren Gestaltung der StädteRegion ist jedoch der derzeit leider äußerst verzögerte Ausbau des Glasfasernetzes, welcher nicht nur jedem

SRTM Hans-Jürgen Fink (Sprecher PIRATEN/UFW) • Tel. 0177-2953932 • E-mail: hans-juergen.fink@piraten-ufw.de

SRTM Bertram Eckert • Tel. 0170-5835947 • E-mail: bertram.eckert@piraten-ufw.de

PIRATEN/UFW, Zollernstraße 16, 52070 Aachen, Raum E180

Konto: PIRATEN-UFW • VR-Bank eG • IBAN DE36 39162980 7471903013 • BIC GENODED1WUR

Gruppe im Städteregionstag Aachen

Geschäftsstelle:

Zollernstraße 16 • 52070 Aachen
Raum E180
Tel. 0241 - 5198 3642
Fax 0241 - 5198 5589
www.piraten-ufw.de
gruppe@piraten-ufw.de

Geschäftsführer:

Maximilian Möhring
Tel. 0152 - 53898480
Fax 0241 - 5198 5589
maximilian.moehring@piraten-ufw.de

Bürger den gesellschaftlichen Anschluss im digitalen Zeitalter gewährt, sondern auch ein entscheidender Faktor für die StädteRegion Aachen als Wirtschaftsstandort ist. Darüber hinaus plädieren wir für eine verstärkte Wirtschaftsförderung, wie ein gezieltes Umschulungskonzept, wie -angebot in der StädteRegion, um nach Auslauf des Braunkohleabbaus Arbeitsplätze für Betroffene bereit halten zu können.

Die verdeckten Zuschüsse an den Viertligisten Alemannia Aachen, würden wir lieber in engagierteren, kleineren Ortvereinen investiert sehen. Bspw. Der FC Inde Hahn weißt auch die Farben Schwarz-Gelb auf, spielt kaum niedriger als die Alemannia und weiß die Mittel sicherlich deutlich mehr zu schätzen.

Ähnlich geringfügig wirkt auf uns die Wertschätzung der RegioIT für ihre, durch InHouse ausschreibungsfreie, äußerst großzügige Entlohnung, bei vergleichsweise übersichtlichem Service. Hier wäre eine erneute, direkte Beschäftigung sicherlich effektiver.

Wie auch in der Benehmensherstellung der Städte und Kommunen bereits zu lesen war, möchten wir Anregen der Versuchung diverser Fördertöpfe im kommenden Jahr nicht pauschal zu erliegen, ihre Sinnhaftigkeit gründlich zu prüfen und sich im Zweifel in Askese zu üben.

Abschließend möchten wir unsere Solidarität mit dem Schreiben des Personalrats durch Brigitte Alaerds-Zolke vom 07.11.2018 an Herr Axel Hartmann ausdrücken, welches erbittet die Stellen ausscheidender Mitarbeiter sofort neu zu besetzen, um somit Personalzahlen in der StädteRegion konstant zu halten und die vorhandenen Mitarbeiter nicht weiter zu belasten. Eine Aufhebung der einjährigen Sperrung begrüßen wir somit.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, wie für das Engagement der Mitarbeiter der StädteRegion Aachen im vergangenen Jahr und verbleibe mit dem Wunsch um frohe Feiertage!